



Tarifrunde 2007



Resolution

**Große Tarifkommission
für die Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg
am 28. März 2007**

Entgelterhöhung mit Verfallsdatum

Mit großer Empörung weist die Große Tarifkommission den so genannten „Lösungsvorschlag“ der Arbeitgeber zurück. Der Vorschlag schafft nicht die Voraussetzungen, den Tarifkonflikt zu lösen.

Eine 2,5 %ige strukturwirksame Erhöhung der Entgelte verhindert eine gleichberechtigte Teilhabe der Beschäftigten an der wirtschaftlichen Entwicklung der Metall- und Elektroindustrie von Baden-Württemberg. Eine solche Tabellenerhöhung schöpft nicht einmal den verteilungsneutralen Spielraum aus.

Der 0,5 %ige nicht dauerhafte und nicht tabellenwirksame „Konjunkturbonus“ ist eine Mogelpackung, da er am Ende der Tariflaufzeit ersatzlos entfallen würde. Die Arbeitgeber wollen darüber hinaus mit diesem „Konjunkturbonus“ ein neues tarifpolitisches Instrument installieren, das einerseits jährlich neu verhandelt werden muss und andererseits die Beschäftigten dauerhaft von der wirtschaftlichen Entwicklung abkoppelt.

Die Große Tarifkommission erteilt dieser tarifpolitischen Strategie eine klare Absage.

Mit ihrem Vorschlag, das Weihnachtsgeld zu variabilisieren, greift Südwestmetall in die bestehenden tariflichen Mindeststandards ein. Die Botschaft lautet: vor der Erhöhung von tariflichen Entgelten steht zunächst einmal deren Absenkung und zwar um 1 % des Jahresverdienstes. Für 70 Prozent der Beschäftigten der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie gibt es zudem schon variable Vergütungsbestandteile oberhalb der tariflichen Mindestvergütung.

Die Große Tarifkommission stellt fest:

Eingriffe in bestehende materielle Bestandteile unserer Tarifverträge wird es nicht geben!

Die Große Tarifkommission bekräftigt die Forderung nach einer 6,5 %igen Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen und einer Beteiligung der Studierenden an Berufsakademien in Form der Übernahme der Studiengebühren durch die Arbeitgeber.

Mit ihrem „Lösungsvorschlag“ haben die Arbeitgeber die Verhandlungen unnötig erschwert. Wer den Beschäftigten die Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg verweigert, spitzt den Konflikt zu.

Die Konkretisierung der Verhandlungsverpflichtung zu Altersausstiegsmodellen soll sicherstellen, dass Verhandlungen erst aufgenommen werden, nachdem die Politik die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen hat und innerhalb der IG Metall die konzeptionellen Voraussetzungen geschaffen wurden.

Für uns ist klar, nur mit Druck aus den Betrieben sind die Arbeitgeber auf den Pfad der Vernunft zu zwingen. Deshalb werden wir die weiteren Verhandlungstage aktiv begleiten.